

Libyen: Schweiz im Dilemma

Sollen die beiden Geiseln das Urteil anfechten und gar die Botschaft verlassen?

In knapp zwei Wochen will Gaddafi den Schweizer Geiseln erneut den Prozess machen. In kurzer Zeit muss die Schweiz nun schwerwiegende Entscheidungen fällen.

HANS-PETER WÄFLER

Der zweite Prozess ist auf den 15. Dezember angesetzt. Dann sollen sich Max Göldi und Rachid Hamdani, die seit Juli 2008 Libyen nicht verlassen dürfen, wegen wirtschaftlicher Tätigkeiten ohne Genehmigung in Libyen verantworten. Erst Anfang dieser Woche wurden sie schon wegen Verletzung von Aufenthaltsbestimmungen zu je 16 Monaten Haft und 1500 Dollar Busse verurteilt.

Göldi und Hamdani, die sich in der Schweizer Botschaft in Tripolis aufhalten, können das Urteil innert einer Woche anfechten. Der abtretende Bundespräsident Hans-Rudolf Merz sagte gestern, er könne noch nicht entscheiden, ob ihnen empfohlen werde, Rekurs einzulegen. Zum Rekurs rät Völkerrechtswissenschaftlerin Helen Keller – auch deshalb, weil nur so die Chance bestehe, dass sich einmal eine internationale Instanz des Falls annehme (siehe rechts). Hasni Abidi, Direktor des arabischen Forschungszentrums Genf, weist aber darauf hin: Falls die beiden Schweizer nur Rekurs einlegen könnten, indem sie die Botschaft verlassen, brauche es Garantien, dass sie nicht ins Gefängnis müssten.

Entscheiden muss die Schweiz auch, wie sie politisch reagiert. Soll sie die restriktive Visa-Politik gegen Libyen wieder lockern oder erst recht fortsetzen? Merz meinte dazu gestern nur, jede Massnahme sei möglich und könne auch rückgängig gemacht werden.



Helen Keller

Professorin für Völkerrecht an der Universität Zürich

«Nachdem die Libyer ein Urteil verkündet haben, sollten die beiden Schweizer das Spiel der libyschen Justiz durchziehen – auch wenn das auf den ersten Blick nicht sehr erfolgversprechend aussieht. Sie sollten das Urteil auf 16 Monate Haft anfechten. Zu überlegen ist auch, eine Freilassung gegen Kautionszahlung zu beantragen. Bei einer Kautionszahlung könnte es im Hintergrund auch um mehr gehen als um eine eigentliche Kautionszahlung. Den Weg über die Justiz in Libyen zu gehen, ist für die beiden Schweizer aber auch wichtig, falls sie dereinst eine internationale Instanz anrufen wollen. Nur wenn sie zeigen können, dass sie in Libyen alles probiert haben, besteht die Chance, dass etwa der UNO-Menschenrechtsausschuss den Fall anschaut. Falls die Schweiz die Gangart verschärfen will, wäre eine Strafanzeige gegen Libyens Behörden denkbar, weil die beiden Schweizer von Ende September bis Anfang November verschleppt waren und an einem unbekanntem Ort festgehalten wurden.»



Hasni Abidi

Direktor des arabischen Forschungszentrums in Genf

«Mit dem Urteil signalisiert Libyen: Sie sind endlich bereit zu verhandeln. Das wäre nicht möglich gewesen ohne die restriktive Visa-Praxis der Schweiz gegenüber Libyen, die in den Schengen-Raum der EU reisen wollen. Nötig ist jetzt ein Dispositiv auf juristischer Ebene. Die libysche Seite hat gesagt, die beiden Schweizer könnten nicht von der Botschaft aus Berufung einlegen gegen das Urteil. Es braucht Garantien, dass eine Berufung möglich ist, ohne dass die beiden zuerst ins Gefängnis müssen. Den juristischen Weg sollte die Schweiz Anwälten, den Familien und den Arbeitgebern der beiden Geiseln überlassen. Weil der juristische Weg aber lange sein kann, darf die Schweiz die politische Ebene nicht vergessen. Hier muss die Regierung, die Diplomatie aktiv sein. Die Schweiz sollte den Libyern sagen: Wenn ihr wieder Schengen-Visa wollt, müsst ihr rasch auf die Freilassung der beiden Schweizer hinarbeiten.»



Arnold Hottinger

Islam-Kenner und langjähriger Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» im Nahen Osten

«Was als Nächstes passieren wird, lässt sich nicht voraussagen. Das optimistische Szenario ist, dass Gaddafi zuerst ein Gerichtsurteil braucht, um nun bald einen Strich unter die Sache ziehen zu können und die beiden Schweizer freizulassen. Das halte ich aber für wenig wahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist, dass er mit seinem moralischen Krieg gegen die Schweiz fortfährt. Die Schweiz muss nun sehr genau überlegen, wie sie reagiert, falls Libyen fordert, die beiden Schweizer müssten die Botschaft in Tripolis verlassen und ins Gefängnis. Das könnte passieren. Wichtig ist, dass die Schweizer Diplomaten versuchen, mit der libyschen Seite zu reden, zu reden und Zeit zu gewinnen. Und die Schweiz sollte aufhören mit Gegenmassnahmen, die nichts bewirken. Die Visa-Restriktionen beispielsweise reizen die libysche Seite nur, ohne einen Effekt zu haben. Die Schweiz hat keine Mittel, den Libyern so zu drohen, dass sie deswegen einlenken.»



Jean Ziegler

Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats und Autor des Buchs «Der Hass auf den Westen»

«Die beiden Schweizer sollten sich keinem Gericht in Libyen stellen und die Botschaft in Tripolis nicht verlassen. Das Risiko wäre: Sie landen in einem der fürchterlichen Gefängnisse. Die Schweiz muss die beiden Mitbürger weiterhin als Geiseln Libyens bezeichnen und nicht als Angeklagte. Auf diplomatischer Ebene ist die Lage schwierig. Der bilaterale Zugang ist nach dem unglücklichen Agieren von Hans-Rudolf Merz verbaut. Und nach dem Minarett-Verbot ist die Position der Schweiz in der UNO und innerhalb der islamischen Welt so schwach wie kaum jemals zuvor. Es bleibt nur Amerika. Die Chancen sind intakt, dass sich die USA für die Schweiz einsetzen. Auch deshalb, weil Bundesrätin Micheline Calmy-Rey sehr gute Beziehungen zu US-Aussenministerin Hillary Clinton aufgebaut hat, seit es ihr gelungen ist, die türkisch-armenische Versöhnung herbeizuführen.»

«Minarett-Verbot ist ein Fingerzeig»

Chefredaktor der «Jakarta Post» dankt der Schweiz

Endy Bayuni ist Chefredaktor der «Jakarta Post», einer führenden Zeitung Indonesiens – des bevölkerungsreichsten islamischen Staates der Welt. Sein jüngster Leitartikel trägt den Titel: «Dank an die Schweizer Abstammung».

GIERI CAVELTY

Sie bedanken sich für das Schweizer Minarett-Verbot. Das überrascht.

Endy Bayuni: Ich äussere in meinem Beitrag selbstverständlich und vor allem Enttäuschung über das Ergebnis des Urteils. Die Schweiz ist eines der friedlichsten Länder der Welt. Mich überrascht und enttäuscht das Resultat darum umso mehr: Wir dachten, die Schweizer seien toleranter. Gerade darum müssen wir dieses Abstimmungsergebnis aber sehr ernst nehmen.

Warum sagen Sie nun konkret Danke?

Endy Bayuni: Die Schweizer geben der islamischen Welt einen klaren Fingerzeig: So denkt man im Westen über uns Muslime. Statt die Schweiz zu kritisieren, sollten wir jetzt die Zustände im eigenen Land genauer anschauen.

Was gibt es da denn zu sehen?

Endy Bayuni: Die grosse Mehrheit der über 200 Millionen Muslime in Indonesien sind moderat. Dennoch haben Christen, Hindus und Buddhisten Mühe, ihre Religion frei zu leben. Sie haben gewiss keine sehr grossen Schwierigkeiten – einfacher als die Muslime in der Schweiz haben sie es aber ganz bestimmt.

Welche Probleme sprechen Sie an?

Endy Bayuni: Wenn jemand beispielsweise eine Kirche bauen möchte, braucht er die Einwilligung der Leute in der Nachbarschaft. Und meistens wird das sehr streng gehandhabt. Viele

Muslime wollen keine Kirche in ihrer Nähe. Sie fürchten, die Leute wollen sie bekehren.

Ein altes Problem oder eine neuere Entwicklung?

Endy Bayuni: Seit dem 11. September 2001 verschärft sich das Klima. An und für sich nämlich ist Indonesien ein Beispiel dafür, dass Demokratie, Freiheitsrechte und Islam keineswegs im Widerspruch zueinander stehen müssen. Hier sehe ich denn auch das eigentliche Signal, das die Schweizer uns geben: Indonesien als das grösste muslimische Land der Welt muss zeigen, dass es einen toleranten und aufgeklärten Islam gibt.

Trotz Schikanen beim Kirchenbau?

Endy Bayuni: Damit Indonesien glaubwürdig auftreten kann, müssen wir unsere eigenen Fehler selbstverständlich ausmerzen. Das ist aber kein grundsätzliches Problem. Das eigentliche Problem ist vielmehr: Das Image des Islam im Westen wird heute durch Terroristen einerseits, durch die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens andererseits geprägt. Und dies – leider – nicht zu Unrecht. Hier muss unsere Regierung grössere Anstrengungen unternehmen, um eine tolerante Form des Islam in der Welt zu fördern.

Stärkt das Schweizer Minarett-Verbot nicht vielmehr die radikalen Kräfte?

Endy Bayuni: Das Schweizer Abstimmungsergebnis ist kein isoliertes Ereignis. In Frankreich wird seit längerem über Kopftuchverbote diskutiert, und immer wieder erreichen uns aus Europa Nachrichten, dass Muslime diskri-



EIN ZEICHEN Demonstranten legen in Ankara vor der Schweizer Botschaft einen schwarzen Kranz nieder. REUTERS

miniert werden. Alles zusammen stärkt die radikalen Kräfte selbstverständlich. Die grosse Mehrheit der Indonesier lässt sich davon aber nicht beeindruckt.

Somit sind in Indonesien auch keine Anti-Schweiz-Demonstrationen zu erwarten.

Endy Bayuni: Das Image der Schweiz leidet selbstverständlich. Die Stimmung im Land ist allerdings ruhig. Ich rechne nicht mit Kundgebungen. Die Schweizer Regierung sollte sich jedoch bemühen, die Bevölkerung darüber aufzuklären, dass nicht jeder Muslim ein gefährlicher Fundamentalist ist

Support von «Bild»-Lesern

Nach dem Schweizer Ja zum Minarett-Verbot denkt der indonesische Rat der Religionsgelehrten an Sanktionen. Ratssekretärin Wellya Safitri erklärte gestern: «Unsere Regierung muss von der Schweiz Garantien verlangen, dass die Religionsfreiheit für Muslime garantiert ist.» Ansonsten müsse Jakarta harte rechtliche oder politische Massnahmen ergreifen und allenfalls wirtschaftliche Sanktionen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen ins Auge fassen. Ebenfalls wirtschaftliche Sanktionen fordert der türkische Europaminister Egemen Bagis: Er rief reiche Muslime gestern dazu auf, ihr Geld von den Schweizer

Banken abziehen. Auch Daniel Cohn-Bendit, Fraktionspräsident der Grünen im EU-Parlament, riet reichen Muslimen, ihr Geld von den Schweizer Banken abziehen. Dies wäre die grossartigste aller Antworten auf das Minarett-Verbot, sagte Cohn-Bendit der Genfer Zeitung «Le Temps». Sympathien für das Schweizer Verdikt äussern derweil die Besucher des Internetportals der deutschen «Bild»-Zeitung. Rund 200 000 Personen haben bis gestern Abend an einer entsprechenden Online-Umfrage mitgemacht – davon finden 82 Prozent: «Minarette gehören nicht ins Bild eines westeuropäischen Landes.» (MZ)



RIFA'AT LENZIN

Die neuen Juden Europas



Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ist gegen eine «Islamisierung der Schweiz». Was muss man eigentlich darunter verstehen? «Islamisierung der Schweiz» hört sich an wie eine Krankheit, zumindest wie etwas Gefährliches, Bedrohliches.

Aber eigentlich meint es nur das Faktum, dass es in der Schweiz von heute im Gegensatz zu früher eine kleine, gerade mal knapp fünf Prozent betragende Minderheit von Menschen islamischen Glaubens gibt. Die meisten von ihnen arbeiten seit vielen Jahren in der Industrie, im Bau- und Gastgewerbe und in den Spitälern. Diese Minderheit muss nun zur Kenntnis nehmen, dass eine Mehrheit des Schweizer Stimmvolks nicht bereit ist, sie als gleichberechtigte Mitbürger zu akzeptieren.

Die Leidtragenden dieser Abstimmung mögen die Muslime sein, verloren aber haben die Schweiz und der freiheitliche Rechtsstaat. Was hier zum Ausdruck gekommen ist, ist eine antimuslimische Haltung und eine Islamophobie, die weitgehend unabhängig ist vom Verhalten der hier lebenden Muslime. Die hiesigen Muslime sind in ihrer grossen Mehrheit gut integriert und haben hinlänglich klargemacht, dass sie zur schweizerischen Rechtsordnung stehen. Sie sind gegen eine Instrumentalisierung der Religion und gegen gewalttätige Auswüchse, die in ihrem Namen stattfinden. Aber sie sind eine ideale Projektionsfläche für das Unbehagen vieler Menschen in einer globalisierten Schweiz.

Die Muslime sind die neuen Juden Europas. Sie wären daher gut beraten, aus deren Geschichte zu lernen und auch aus deren Umgang mit dem Antisemitismus. Die Muslime müssen ihre Strukturen verbessern, professioneller werden, die Kommunikation mit der Mehrheitsbevölkerung verstärken und wohl auch dazu übergehen, ihre Anliegen und ihre Rechte innerhalb der geltenden Rechtsordnung offensiver einzufordern.

Die Abstimmung müsste auch ein Weckruf für die schweigende Mehrheit der so genannt «säkularen» Muslime gewesen sein, sich vermehrt in die Diskussion einzubringen. Islamophobie unterscheidet nicht zwischen praktizierenden und nichtpraktizierenden Muslimen.

Rifa'at Lenzin ist Islamwissenschaftlerin und als muslimische Co-Leiterin zuständig für den Bereich Islam am Zürcher Lehrhaus.